

## Anforderungen an eine ökologische Abfallsammlung

### Position des BUND Berlin

- Für den BUND gilt der alte Grundsatz: Vermeiden, Verwerten, Entsorgen.
- Für einmal angefallene Abfälle muss die werkstoffliche Verwertung den Vorrang vor einer rohstofflichen und diese vor einer energetischen Verwertung haben.
- Um die Verwertung möglichst optimal umzusetzen gilt es die im Abfall enthaltenen Wertstoffe möglichst vollständig und auf eine für die werkstoffliche Verwertung geeignete Art möglichst sortenrein vorzusortieren.
- Der BUND sieht in der Sortierung auch die Haushalte und Gewerbebetriebe gefordert. Eine grobe haushaltsnahe Vorsortierung verringert die Verunreinigung des Wertstoffes z.B. durch anhaftenden Bioabfall.
- Dem Vorteile einer haushaltsnahen Vorsortierung muss der Aufwand für eine Abfuhrlogistik gegenüber gestellt werden.
- Eine Sortierung der Abfallfraktionen führt neben der besseren werkstofflichen Verwertung auch zu einer gesteigerten energetischen Verwertung der nicht verwertbaren Anteile da die Verbrennung besser auf den Wertstoff angepasst werden kann.
- Für getrennt gesammelte Wertstoffe muss die werkstoffliche Verwertung Vorrang haben. Nur der nicht verwertbare Sortierrest, der auf ein Minimum zu begrenzen ist, darf energetisch verwertet werden.
- Eine Kaskadennutzung des Abfalls ist, wo immer möglich, einzuführen, um eine Mehrfachnutzung zu ermöglichen (z.B. Bioabfälle vergären und dann landwirtschaftlicher Einsatz)
- Die Grundsätze der Abfallsortierungen müssen dabei einfach und für jedermann nachvollziehbar sein.
- Eine Wertstoffsammlung sollte sich an den verwertbaren Stoffgruppen orientieren und nicht an Finanzierungssystemen.
- Der BUND sieht eine hohe Notwendigkeit in einer engen und intensiven Kontrolle der mit der Abfallabfuhr und Verwertung beauftragten Unternehmen durch die öffentliche Hand.
- Eine Abfallentsorgung und Verwertung muss unabhängig von Rohstoffpreisen gewährleistet sein. Die Aufbereitung, Verwertung und Entsorgung muss den hohen gesetzlichen Anforderungen gerecht werden und darf nicht ökonomischen Zwängen unterworfen werden.